Hansestadt Rostock Bürgerschaft

Niederschrift

Sitzung des zeitweiligen Sonderausschusses für Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten

Sitzungstermin:	Mittwoch, 22.02.2017
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:45 Uhr
Ort, Raum:	Beratungsraum 1b, Rathausanbau, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Sitzungsteilnehmer:				
Anwesende Mitglieder				
Vorsitz				
Bernd Woldtmann	SPD	SPD		
reguläre Mitglieder				
Phillip Bock	DIE LINKE.	bis TOP 7.4		
Steffen Kästner	CDU	ab TOP 7.4		
Patrick Tempel	CDU Vertretung für: Frau Günther, Chris			
Ümran Junge	SPD			
Reinhard Knisch	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN			
Verwaltung				
Dr. Chris Müller	Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung			
Stephanie Nelles	Büro für Integrationsfragen für Migrantinnen und Migranten			
Nike Czerny-Christenson	Stadtamt			
Kai Eggers	Amt für Jugend, Soziales und Asyl			
Marcel Kempert	Büro des Oberbürgermeisters - Sitzungsdienst der Bürgerschaft			
Gäste				
Frank Biester DRK Kreisverband Rostock e. V.		stock e. V.		
Franziska Hagemann	DRK Kreisverband Rostock e. V.			
Lars Müller	Ökohaus e. V.			
Lisa Bornschein	a Bornschein Initiative "Rostock hilft"			
Olaf Groth DIE LINKE.				
Kristin Schröder DIE LINKE.				
Vertreter/innen der Medien				
Abwesende Mitglieder				
Vorsitz				
Susanne Schreiber	Rostocker Bund/ Graue Aufbruch 09	e/ entschuldigt		
reguläre Mitglieder				
Jutta Reinders	DIE LINKE.	entschuldigt		
Kay Nadolny	DIE LINKE.	entschuldigt		
Chris Günther	CDU	entschuldigt		

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungen der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.01.2017
- 4 Anträge
- 5 Beschlussvorlagen
- 6 Informationsvorlagen
- 7 Verschiedenes
- 7.1 Aktuelle Berichterstattung des Senators für Finanzen, Verwaltung und Ordnung
- 7.2 Aktuelle Berichterstattung des Amtes für Jugend, Soziales und Asyl
- 7.3 Bericht des Migra e.V.
- 7.4 Bericht vom Deutschen Roten Kreuz zur Lage in der Gemeinschaftsunterkunft Möllner Straße
- 7.5 Vorbereitung der nächsten Ausschusssitzungen
- 8 Schließen der öffentlichen Sitzung

(nichtöffentlich)

- 9 Anträge
- 10 Beschlussvorlagen
- 11 Informationsvorlagen
- 12 Verschiedenes
- 13 Schließen der Sitzung

Protokoll:

(öffentlich)

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Woldtmann eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Die Einladung ist den Mitgliedern am 15. Februar 2017 zugegangen. Ebenfalls mit Datum 15. Februar 2017 erfolgte die öffentliche Bekanntmachung durch Aushang im Schaukasten am Rathaus und in den Ortsämtern und unter www.rostock.de/ksd.

Der Ausschuss ist zu Sitzungsbeginn mit fünf anwesenden Mitgliedern nicht beschlussfähig.

Aufgrund der Anwesenheit der Verwaltung, der Gäste und der Medien zu den Themen unter dem Tagesordnungspunkt (TOP) 7 -Verschiedenes- wird die Sitzung als Informationsveranstaltung fortgesetzt. Die TOP 2 -Änderungen der Tagesordnung- und 3 -Genehmigung der Niederschrift ...- entfallen somit. Der TOP 3 wird in der nächsten Ausschusssitzung am 22. März 2017 nachgeholt.

Der TOP 7.3 -Bericht des MIGRA e. V.- wird entfallen, da die Einladung etwas kurzfristig erfolgte und die Teilnahme eines Vertreters in der heutigen Sitzung nicht möglich ist.

TOP 2 Änderungen der Tagesordnung

- entfällt - (siehe TOP 1)

TOP 3Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.01.2017

- entfällt - (siehe TOP 1)

TOP 4 Anträge

- entfällt -

TOP 5 Beschlussvorlagen

- entfällt -

TOP 6 Informationsvorlagen

- entfällt -

TOP 7 Verschiedenes

TOP 7.1 Aktuelle Berichterstattung des Senators für Finanzen, Verwaltung und Ordnung

Herr Dr. Müller gibt einen Überblick über die aktuelle Situation und beantwortet die in Vorbereitung dieser Sitzung übergebenen Anfragen der Ausschussmitglieder.

Der Bericht des Senators liegt der Niederschrift stichpunktartig als Anlage 1 bei.

Darüber hinaus erläutert Herr Dr. Müller die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter/innen des Migrationsamtes. Es wurden zwei Sicherheitssysteme installiert, die den Mitarbeiter/innen im Falle einer eintretenden Gefahrensituation zur Verfügung stehen, die bisher nicht eingesetzt werden mussten.

Lediglich etwas Unruhe entsteht während der Öffnungszeiten durch baulich bedingten Platzmangel und daraus folgend fehlende Warteräume. Dem konnte mit einem "front-office" begegnet werden, das allen Personen zur Verfügung steht, die eine Information über den Bearbeitungsstand ihrer Vorgänge erfragen.

Auf Nachfrage der Ausschussmitglieder informiert Herr Dr. Müller, dass die Auseinandersetzungen von Jugendgruppen, die im Stadtzentrum in der jüngeren Vergangenheit zu Polizeieinsätzen geführt haben, keine ausländerrechtlichen Angelegenheiten darstellen. Bei den festgestellten Personen handelt es sich um gemischte Jugendgruppen und Interessenkonflikte unter diesen. Die Verwaltung hat mit der Polizei einen gemeinsamen Termin einmal im Monat vereinbart, in der die aktuelle Lage jeweils festgestellt und ggf. erforderliche Maßnahmen besprochen werden. Großräumige Kameraüberwachung von öffentlichen Plätzen wird dabei nicht als adäquate Lösung angesehen. Eher soll die gefühlte Sicherheit in öffentlichen Räumen durch z. B. bessere Beleuchtung erhöht werden.

TOP 7.2 Aktuelle Berichterstattung des Amtes für Jugend, Soziales und Asyl

Herr Eggers gibt einen Überblick über die aktuelle Situation.

Das ehemalige Amt für Flüchtlingsangelegenheiten und Integration (55) wurde mit zwei Sachgebieten "Leistung" mit elf Mitarbeiter/innen und "Integration" mit acht Mitarbeiter/innen in das Amt für Jugend, Soziales und Asyl (50) integriert. Drei Stellen sind zurzeit noch unbesetzt: 'Wohnraumverwaltung', 'Gemeinschaftsunterkünfte' und 'Sozialpädagog/in für anerkannte Flüchtlinge'. Die Befristungen der ursprünglich für das Amt 55 geschaffenen Stellen wurden von 2019 auf 2021 verlängert.

Auch räumlich wurde das ehemalige Amt 55 in das Amt 50 integriert. Die Mitarbeiter/innen konnten aus ehemals drei Standorten im Haus II der St.-Georg-Straße 109 untergebracht werden.

Auf Nachfrage von Herrn Woldtmann informiert Herr Eggers, dass die Unterversorgung mit Kitaund Hortplätzen, von denen der Verein Ökohaus e. V. berichet, bedingt ist durch den Mangel an Kita- und Hortplätzen in der Hansestadt Rostock insgesamt. Herr Woldtmann schlägt vor, dass sich der Ausschuss dem Themenkomplex in einer der nächsten Sitzungen annimmt. Dazu gibt es keine gegenteiligen Auffassungen.

Frau Hagemann, Herr Biester und Herr Müller bitten die Stadtverwaltung um Unterstützung bei der Sprachmittlung mit den persischen Personengruppen. Herr Eggers berichtet dazu, dass der Personalbestand an Sprachmittlern zurzeit voll ausgeschöpft ist. Frau Nelles schlägt daraufhin vor, eine Mitnutzung des Sprachmittlerpools durch Vereine und Organisationen zu prüfen. Näheres sollte dazu in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 22. März 2017 besprochen werden. Die Ausschussmitglieder begrüßen diesen Vorschlag.

TOP 7.3 Bericht des Migra e.V.

- entfällt - (siehe TOP 1)

TOP 7.4 Bericht vom Deutschen Roten Kreuz zur Lage in der Gemeinschaftsunterkunft Möllner Straße

Herr Biester berichtet über die aktuelle Wohnsituation in der Gemeinschaftsunterkunft (GU). Die GU ist für 237 Personen eingerichtet, davon sind aktuell 186 Plätze mit Personen aus acht Staaten und mit ungeklärter Staatszugehörigkeit belegt. Den größten Teil machen dabei Personen aus Syrien aus, gefolgt von Personen aus Afghanistan.

140 Personen verfügen bereits über einen Aufenthaltstitel, daraus ergibt sich in der GU eine Fehlbelegungsquote in Höhe von 75,3 Prozent. 85 der 186 Bewohner/innen werden in diesem Monat ein Jahr in der Unterkunft gewohnt haben, daraus ergibt sich auch das Grundproblem der Bewohner/innen - die fehlende Perspektive auf den Bezug einer eigenen Unterkunft.

Das DRK beschäftigt acht Sozialbetreuer/innen in der GU, ab dem 1. März 2017 werden es aufgrund zu erwartender Rückgänge noch sieben Beschäftigte sein.

Auf Nachfrage von Frau Junge erläutert Herr Biester den Umgang mit unbegleitet minderjährigen Flüchtlingen (UMA) in Zusammenarbeit mit dem Amt für Jugend, Soziales und Asyl. Frau Junge bittet um eindeutigere Abgrenzung des Begriffs "UMA" im Zusammenhang mit Jugendlichen, die durch ältere Geschwister oder andere Familienangehörige beaufsichtigt werden und demzufolge quasi nicht unbegleitet sind. Herr Knisch sagt diesbezüglich eine Klärung über den Jugendhilfeausschuss zu, da die Angelegenheit dort angesiedelt ist. Eine Auswertung dieses Sachverhaltes sollte in der nächsten Ausschusssitzung erfolgen.

TOP 7.5 Vorbereitung der nächsten Ausschusssitzungen

Wohnraumsituation

Herr Knisch informiert im Zusammenhang mit dem Themengebiet "Wohnraumakquise", dass auf der Internetseite der WIRO aktuell ca. 130 Wohnungen zur Vermietung angeboten werden. Ebenso finden sich freie Mietwohnungen auf den Internetseiten der Wohnungsgenossenschaften, deren Mietzins sich im Rahmen der Kosten der Unterkunft bewegt.

Herr Knisch schlägt vor, die WIRO GmbH zur nächsten Ausschusssitzung einzuladen, um den Umgang mit freiem oder frei gewordenem Wohnraum zu besprechen und zu erfragen, nach welchen Schwerpunkten die Vermietung von Wohnraum an anerkannte Flüchtlinge erfolgt. Dazu gibt es keine gegenteiligen Auffassungen.

Situation geflüchteter Frauen in Frauenhäusern

Frau Junge bittet um Einladung der Betreiber/innen der Frauenhäuser in Rostock und um Berichterstattung über die Situation und Erfahrungen mit geflüchteten Frauen in den Rostocker Frauenhäusern.

TOP 8 Schließen der öffentlichen Sitzung

Herr Woldtmann schließt die öffentliche Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.